

CDU Pakt für Migranten

Die Unionsfraktion im Bundestag will von Flüchtlingen ein Bekenntnis zu den Werten der deutschen Gesellschaft verlangen. „Mir schwebt eine Integrationsvereinbarung vor, eine Art Pakt, den alle Flüchtlinge unterschreiben und in dem ihnen verdeutlicht wird, dass Integration ein Geben und Nehmen ist“, sagt CDU-Fraktionsvizein Nadine Schön. Der deutsche Staat verpflichte sich zu Schutz und Förderung, dafür müssten die Neuankommlinge sich zu Werten wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Trennung von Staat und Kirche bekennen. Flüchtlinge, vor allem Frauen, sollten sich auch zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen verpflichten. „Am Ende kann das in ein eigenes Integrationsgesetz münden“, so Schön. Die CDU will mit gutem Beispiel vorangehen. Der Bezirksverband Ruhr fordert einen regelmäßigen Bericht über die Integration von Migranten in der Partei. „Zur Integration ist auch eine Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe an Ämtern und Mandaten notwendig“, heißt es in einem Antrag für den nächsten Parteitag. ama, ran

Rüstung „Leopard“-Panzer für Oman?

Der Münchner Waffenkonzern Krauss-Maffei Wegmann (KMW) will über 70 „Leopard“-Panzer an das Sultanat Oman verkaufen. Das Land hat KMW und einen türkischen Konkurrenten eingeladen, sich um den Auftrag zu bewerben. Für einen Test in Oman erteilte der Bundessicherheitsrat die vorübergehende Ausfuhrgenehmigung für einen „Leopard“. Damit sei, betont das für Rüstungsexporte zuständige Bundeswirtschaftsministerium, aber keine Vorentscheidung über eine Ausfuhrgenehmigung aller Panzer getroffen. Das Verteidigungsministerium prüft, ob es den Test unterstützt. Die Beteiligung der Bundeswehr ist nötig, weil nur Soldaten mit dem Panzer schießen dürfen. Das Auftragsvolumen schätzen Experten auf zwei Milliarden Euro. gt, on



„Leopard“ auf Rüstungsmesse

Geschichtspolitik Grütters' Pannen

Die Querelen um die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ lassen Monika Grütters, Kulturstatsministerin im Kanzleramt (BKM), schlecht aussehen. Die im Aufbau befindliche Stiftung ist seit Dezember vergangenen Jahres ohne Führung. Grütters hatte im Juni Winfried Halder als neuen Direktor im Stiftungsrat durchgesetzt, der dann jedoch absagte. Offenbar, weil die Grütters-Behörde gepatzt hat: Halder erhielt erst nach Wochen einen Entwurf für einen Direktorenvertrag, dessen Bedingungen hinter denen der Ausschreibung zurückblieben. Anschließend dauerte es sechs Wochen, ehe Grütters ihn zu einer Aussprache empfing. Zusagen, die Grütters dort machte, bekam Halder trotz Nachfragen nicht schriftlich. Zudem trieben Grütters' Beamte die Besetzung einer Kuratorenstelle bei der Stiftung voran, obwohl Halder gebeten hatte, damit zu warten. Am 26. Oktober schrieb Halder, er stehe nicht mehr zur Verfügung. Das Vorgehen des Ministeriums entspreche nicht seinen Vorstellungen von „Korrektheit, Verlässlichkeit und Bere-



Grütters

chenbarkeit“. Es sei unmöglich, die Stiftung ohne „uningeschränktes Vertrauen“ zum BKM zu leiten. In der Öffentlichkeit verbreitete Grütters, Halder habe aus „persönlichen Gründen“ abgesagt, obwohl der vorab gegen diese Sprachregelung protestiert und eine Alternative vorgeschlagen hatte. Grütters' Büroleiter drohte daraufhin, Halders Version würde eine öffentliche Debatte nach sich ziehen, es sei in dessen Interesse, dies zu vermeiden. Ein Sprecher Grütters' weist die Vorwürfe zurück. Halder habe nachträglich Forderungen zur Ausgestaltung seines Vertrags erhoben, die „nicht verhandelbar“ gewesen seien. Grütters sucht nun einen neuen Direktor – und muss weitere Pannen vermeiden: Ihr Umgang mit dem Nachlass des NS-Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt erregte ebenso heftige Kritik wie ihr Entwurf zum Kulturschutzgesetz. klw

Kittihawk



Asyl Platznot

Die Bundesregierung kommt bei der Unterbringung von Flüchtlingen schleppend voran. Der Bund hatte den Ländern im September zugesagt, 40 000 zusätzliche Plätze für Asylsuchende einzurichten. Bislang wurden erst Kapazitäten für 8400 Migranten geschaffen, wie aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dağdelen hervorgeht. Bei der Abschreckung von Flüchtlingen handele die Regierung schnell, kritisiert Dağdelen, bei der Unterbringung lasse sie die Kommunen weitgehend im Stich. pop